

Sri Lanka im Überblick

zusammengestellt von Milena Koch

Chinesischer Investor kauft 80 Prozent eines Hafens

Sri Lanka wird 80 Prozent des 1,5 Billionen Rupien (rund 9,4 Milliarden Euro) teuren Hambantota Hafens im Süden des Landes an ein chinesisches Unternehmen verkaufen, wie Finanzminister Ravi Karunanayake Ende Oktober mitteilte. Den Namen des Unternehmens wollte er jedoch nicht bekannt geben. Bereits während eines Besuchs in China im April hatte Premierminister Ranil Wickremesinghe angeboten, mit dem Verkauf des Hafens einen Teil der noch offenen Kredite des Inselstaates zu tilgen. Der Hafen wurde 2010 mit Hilfe von chinesischen Darlehen und Unternehmern unter dem ehemaligen Präsidenten Mahinda Rajapaksa gebaut und sollte zur Verbesserung der Infrastruktur des Landes nach dem Bürgerkrieg beitragen. Jedoch hat sich der Hafen, wie auch ein in der Nähe liegender und von China finanzierter Flughafen, als finanziell nicht tragfähig erwiesen. Die Verträge sollen noch 2016 unterzeichnet werden. Das Interesse Chinas an dem Hafen wird als Teil des Vorhabens angesehen, eine Seeschiffahrtsroute zum ölreichen Nahen Osten und weiter nach Europa zu erschließen.

Zwei Studenten der Universität Jaffna durch Polizei getötet

Am 20. Oktober 2016 wurden zwei Studenten der Universität Jaffna bei einem Zusammentreffen mit der Polizei erschossen. Laut lokalen Nachrichten, waren die beiden Studenten Natarajan Kajan und Pounraj Sulakshan mit einem Motorrad auf dem Rückweg von einer privaten Feier in Kankesanthurai, an der von Tamilen dominierten nördlichen Spitze der Jaffna Halbinsel. Sie wurden an einem polizeilichen Kontrollpunkt erschossen. Der genaue Grund für den Vorfall ist noch unklar. Vorliegenden Berichten zufolge wurden die beiden Studenten von Polizeibeamten in ein örtliches Krankenhaus gebracht, als hätte es sich um einen Unfall gehandelt. Erst die Obduktion ergab, dass der Fahrer eine Schussverletzung am Kopf hatte, wie Polizeisprecher Ajith Rohana der Zeitung *The Hindu* mitteilte. Fünf Polizisten wurden als Tatverdächtige vorläufig verhaftet, welche die Schießerei zunächst dementierten. Sri Lankas Kriminalpolizei begann einen Tag später mit den Untersuchungen. Die *Tamil National Alliance* forderte Präsident Sirisena am Rande einer öffentlichen Veranstaltung zu einer unabhängigen Untersuchung

des Vorfalls auf.

UN-Sonderberichterstatterin fordert stärkeren Schutz für Minderheiten

Die UN-Sonderberichterstatterin für Minderheiten, Rita Izsák-Ndiaye, erklärte nach einem zehntägigen Staatsbesuch im Oktober, die Regierung Sri Lankas müsse ihre Verpflichtung, die Minderheiten des Inselstaates besser zu schützen, „deutlich demonstrieren“. Um dies zukünftig zu gewährleisten, forderte sie die Regierung auf, die vom Militär besetzten Gebiete an die ursprünglichen Besitzer zurückzugeben, Gefangene freizulassen oder in Sicherheit zu bringen und sichtbare Schritte zu unternehmen, den zivilen Behörden mehr Macht zu übertragen. Bereits im September hatte UN-Generalsekretär Ban Ki-moon Sri Lankas Regierung dazu aufgefordert, mehr für die Wiederherstellung der Gerechtigkeit zu tun. Seit Ende des Bürgerkrieges im Mai 2009 hat die sri-lankische Regierung kaum Maßnahmen ergriffen, um die Rechte der Minderheiten sicherzustellen. Izsák-Ndiaye kritisierte das Scheitern der Regierungen von Mahinda Rajapaksa und auch von Maithripala Sirisena in diesem Punkt. Sie forderte die jetzige Regierung auf, diesen Missstand zu beheben und eine nationale Einheitsregierung zu bilden. Diese soll zukünftig den Schutz der Minderheiten gewährleisten, gegenseitiges Vertrauen aufbauen und die Koexistenz aller Gemeinschaften Sri Lankas fördern. Vor ihrem Besuch waren Beschwerden über Rechtsverletzungen von Tamilen und Muslimen bei der Sonderberichterstatterin eingegangen. Die Minderheiten kritisierten die Regierung dafür, dass sich die Situation in den ehemaligen Kriegsgebieten im Norden und Osten Sri Lankas kaum verändert habe. Präsident Maithripala Sirisena hatte nach seinem Amtsantritt sofortige Maßnahmen versprochen, um die Probleme der Minderheiten zu beheben.

Neues Gesetz zur Terrorismusbekämpfung

Mitte Oktober stellte Sri Lankas Regierung den Entwurf eines neuen Anti-Terror-Gesetzes vor. Es soll das 37-Jahre alte *Prevention of Terrorism-Gesetz* (PTA) ersetzen, welches 1979 unter Präsident J.R. Jayawardene erlassen wurde, um insbesondere den sich abzeichnenden, bewaffneten Kampf der tamilischen Jugend zu unterdrücken. Diese hatte gegen die diskriminierende Politik der damaligen Regierung protestiert. Das PTA-

Gesetz war stark kritisiert worden, da es eine unbegrenzte Inhaftierung von Personen ohne eine Anklage erlaubte. Der neue *Counter Terrorism Act* (CTA) zielt darauf ab, neue Formen der international organisierten Gewalt zu bewältigen. Nach Ministerpräsident Ranil Wickremesinghe soll das neue Gesetz die vollständige Einhaltung der Menschenrechtsverpflichtungen Sri Lankas gewährleisten und bei der Bekämpfung des Terrorismus helfen.

UN verlangt Aufklärung über geheime Folterstätten

Am 15. November hat das UN-Komitee zum Internationalen Abkommen gegen Folter UNCAT (*United Nations Convention Against Torture*) verlangt, dem Gerücht über geheime Folterstätten Sri Lankas nachzugehen. UNCAT wurde vom Internationalen Wahrheits- und Gerechtigkeitsprojekt ITJP (*International Truth and Justice Project*) gebeten, den Inselstaat zu besuchen und eine unabhängige Untersuchung von Entführungen, illegaler Inhaftierung, Folter sowie sexueller Gewalt durch sri-lankische Sicherheitskräfte und Geheimdienstmitarbeiter einzuleiten. ITJP legte dem UNCAT einen detaillierten Bericht vor. Wie Yasmin Sooka, die Exekutivdirektorin der ITJP erklärte, gingen der Geheimdienst sowie Sicherheitsbeamte trotz des Regierungswechsels im Januar 2015 weiterhin gezielt gegen Tamilen vor und inhaftieren sie in geheimen Anstalten. Dort sind sie Folter und sexueller Gewalt ausgesetzt, ohne dass die Täter strafrechtliche Konsequenzen fürchten müssten. Auch Sri Lankas *National Human Rights Commission* (SLHRC) legte der UNCAT Anfang November in einem Bericht dar, dass trotz der neuen Regierung über 600 Fälle von Folter dokumentiert wurden. Laut dem Bericht findet die Mehrheit der Folterungen in der Hauptstadt Colombo statt, in der sich das offizielle „Haftzentrum“ der Anti-Terrorismus-Abteilung der Polizei befindet. Viele Aussagen der Opfer gleichen sich, sodass ein systematisiertes Vorgehen zu vermuten ist. Demnach wurden die Gefangenen entführt, an einem geheimen Standort über oftmals Jahre hinweg verhört, gefoltert und schließlich gegen Lösegeldzahlungen freigelassen. Zu den typischen Foltermethoden zählen das Schlagen mit Rohren, Verbrennungen durch Zigaretten oder heißen Metallstäben, Auspeitschungen, *Waterboarding* (simuliertes Ertränken), Erstickungssimulationen mit Plastiktüten, die mit Chili oder Benzin getränkt werden, sowie Vergewaltigung von sowohl Frauen als auch Männern. Anlässlich der Berichte schickte die sri-lankische Regierung mehrere Staatsanwälte nach Genf, um die massiven Vorwürfe zu entkräften. Sooka forderte von Sri Lankas Regierung ein

umfassendes Reformprogramm für den Sicherheitssektor. Bei Redaktionsschluss Ende November lagen die Bewertungen durch das UN-Komitee noch nicht vor.

WHO bestätigt: Sri Lanka ist malariefrei

Im September bestätigte die Weltgesundheitsorganisation WHO (*World Health Organization*) offiziell, dass Sri Lanka nun eine Malaria-freie Nation sei. Sri Lanka war zur Mitte des 20. Jahrhunderts eines der am stärksten von Malaria betroffenen Länder gewesen. Der WHO-Regionaldirektor Poonam Khetrpal Singh teilte in einer Erklärung mit, dass das Land seit dreieinhalb Jahren keine Neuinfektion mit Malaria mehr verzeichnet habe. Dem Erfolg liegt eine Anti-Malaria Kampagne zugrunde, die sich nicht nur die Bekämpfung der Moskitos, sondern auch des übertragbaren Parasiten, das einzellige Plasmodium, vorgenommen hatte. Die gesundheitliche Aufklärung der Bevölkerung, mobile Malaria-Kliniken in Hochübertragungsgebieten sowie eine effektive Überwachung konnten das Risiko einer weiteren Übertragung verringern. Die Krankheit wird von einer Anophelesmücke übertragen, die den Parasit durch das Stechen eines infizierten Menschen aufnimmt und bei einem weiteren Stich auf eine andere Person überträgt. Um zu verhindern, dass Malaria erneut ausbricht, arbeitet die Anti-Malaria-Kampagne mit lokalen und internationalen Partnern zusammen, um die Überwachung zu gewährleisten. Die größte Gefahr für die Wiedereinführung des Erregers sieht die WHO in Flugreisenden aus dem Ausland.

32 sri-lankische Muslime sind dem IS beigetreten

32 sri-lankische Muslime sind nach Aussagen des Justizministers Wijeyadasa Rajapakse dem „Islamischen Staat“ (IS) in Syrien beigetreten. Dies teilte Rajapakse dem Parlament in Colombo am 18. November mit. „All diese Muslime sind nicht von gewöhnlichen Familien. Diese Menschen sind aus Familien, die als gut ausgebildete Elite betrachtet werden“, sagte Rajapakse. Er fügte hinzu, dass die Regierung darüber informiert war, dass der islamische Extremismus von einigen Ausländern in Sri Lanka verbreitet würde. Er ergänzte die Aussage mit dem Versprechen, dass religiöse Extremisten in Sri Lanka keinen Platz finden würden und bekämpft werden müssten. Die Erklärung des Ministers wurde von Vertretern der muslimischen Minderheit verurteilt, die sich über Rassismus beklagten.